

Buchbesprechungen

Ambrosi, Gerhard Michael: Systemtransformation und Zahlungsunion. Centaurus-Verlagsgesellsch., Pfaffenweiler, 1993, 190 S.

Bereits in einem sehr frühen Stadium der Transformationsdiskussion wurde die Frage erörtert, ob eine multilaterale Zahlungsunion (MZU) zwischen den Ländern des früheren COMECON dazu beitragen könnte, beim Übergang zur Marktwirtschaft größere außenwirtschaftliche Verwerfungen zu vermeiden. Der Ausgangspunkt hierfür war ein vom Centre for Economic Policy Research im Juni 1990 organisierter Workshop, der zu mehreren einschlägigen Veröffentlichungen geführt hat: v. Brabant (1991), Bofinger (1991), Kenen (1991), Dornbusch (1992), Bofinger und Gros (1992). Unabhängig von der nicht ganz eindeutigen Haltung der Profession, erwies sich der Vorschlag im politischen Raum als ein eindeutiger „non-strater“. Dies gilt nicht nur für die Ländergruppe „ehemalige Tschechoslowakei, Polen und Ungarn“, sondern selbst für die Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Für die von Ambrosi im Jahr 1993 vorgelegte Arbeit hätte so die analytisch durchaus reizvolle Aufgabe bestanden, gleichsam im Rückblick eine umfassende Analyse dieser Diskussion vorzunehmen. Diesem Anspruch wird die Arbeit jedoch in keiner Hinsicht gerecht. Dies beginnt schon damit, daß die zentrale Frage, ob der starke Produktionsrückgang, der in allen Ländern in der ersten Phase des Transformationsprozesses zu beobachten war, durch das Fehlen einer MZU zu erklären sei, nur anhand vielfältiger Zitate, jedoch ohne eine klare ökonomische Analyse erörtert wird. Selbst Interviewäußerungen des polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa (S. 41 und 81) können dies nicht kompensieren. Von der umfassenden Diskussion über die Ursachen des Output-Schocks (Bruno, 1992) findet man nahezu nichts in dieser Arbeit.

In Kapitel 2 werden zwar mehrere theoretische Modelle dargestellt, mit denen diese Fragen erörtert werden sollen. Diese erweisen sich für die spezifische Situation des Transformationsprozesses jedoch nur als wenig hilfreich. So wird das ricardianische Außenhandelsmodell, das die klaren Vorzüge einer direkten Weltmarktöffnung erkennen läßt, lediglich dazu verwendet, die Vorurteile des Autors zu belegen, wonach „für eine Übergangszeit noch nach alter Spezialisierungsstruktur produziert werden (müsse)“ (S. 48). Hier wäre es hilfreich gewesen, einmal die Exportentwicklung der ehemaligen Tschechoslowakei, Polens und Ungarns in den Jahren 1990 bis 1993 näher zu betrachten. Anders als von Ambrosi unterstellt, ist es allen drei Ländern gelungen, ihre Exporteinbußen im Osten durch massive Gewinne im Außenhandel mit dem Westen voll zu kompensieren (Bofinger 1994). Was die Analyse des Malinvaud-Ansatzes und des Modells von Kornai zur Thematik der MZU beitragen soll, bleibt dem Leser unklar. Erstaunlich ist dabei zumindest die klare Aussage, „daß die augenblicklichen Wirtschaftsprobleme in Ost- und Mitteleuropa kaum dem ‚keynesianischen‘ Typus zuzuordnen sind“ (S. 67). Hier wären zumindest einige Worte über den Einfluß der weithin zu beobachtenden massiven Reallohnsenkungen sowie der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik hilfreich gewesen.

Nach einer Beschreibung des Mechanismus der Europäischen Zahlungsunion (EZU) in Kapitel 3 wird im vierten Kapitel die eigentliche Auseinandersetzung mit dem Modell einer MZU für Osteuropa vorgenommen. Dabei ist es für die Analyse von vornherein problematisch, daß Ambrosi völlig offenläßt, für welche konkrete Ländergruppe er dieses Arrangement installieren möchte. Dies ist eine zentrale ökonomische Frage, auch wenn der Autor glaubt, daß es sich dabei um ein „am ‚grünen Tisch‘ wohl kaum lösbares Problem“ (S. 143) handelt. Eine Union zwischen Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn ist anders zu beurteilen als ein System, an dem sich alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie alle osteuropäischen Staaten beteiligen. Erstaunlich ist auch, daß der Autor den unmittelbaren Übergang zur Konvertibilität, der Hilfseinrichtungen wie eine MZU überflüssig macht, für unwahrscheinlich hält (S. 162), obwohl in allen fortgeschrittenen Reformstaaten schon seit längerem eine zumindest für Leistungstransaktionen uneingeschränkte Konvertibilität besteht. Von daher wäre eine MZU nicht mehr als Fortschritt, sondern als ein eindeutiger Rückschritt zu beurteilen. Es erstaunt daher auch nicht, daß in diesen Ländern das Thema MZU schon längst in Vergessenheit geraten ist.

Im ganzen sind die Ausführungen in den Kapiteln 4 und 5 stark von der Präferenz des Autors für das Modell einer MZU geprägt. Die in der Literatur bekannten Kritikpunkte an einer Übertragbarkeit der EZU auf Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion bleiben entweder unberücksichtigt oder werden schnell vom Tisch gewischt.

So wäre man fast geneigt, mit den Worten „too little, too late“ nicht nur die Arbeit von Ambrosi, sondern auch das Modell einer MZU auf den Dachboden zu räumen. Wenn man zumindest bei letzterem damit zögert, so hat das damit zu tun, daß es in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion nach wie vor massive Probleme des intra-republikanischen Handels gibt, die nun doch als temporäre Lösung eine MZU als hilfreich erscheinen lassen könnten (Bofinger und Gros 1992). Auf die ganz spezifische Problemstruktur dieser Region geht die Arbeit von Amrosi jedoch überhaupt nicht ein.

Literatur

- Bofinger, Peter* (1991), A Multilateral Payments Union for Eastern Europe?, Banca Nazionale del Lavoro, Quarterly Review, No. 176, S. 69 - 88, März.
- (1994), A Classical Explanation of the Output Decline in Central and Eastern Europe, in: H. Siebert (Hrsg.), Overcoming the Transformation Crisis, S. 223 - 247, Tübingen.
- Bofinger, Peter/Gros, Daniel* (1992), A Post-Soviet Payments Union: Why and How, in: J. Flemming und J. M. C. Rollo (Hrsg.), Trade, Payments and Adjustment in Central and Eastern Europe, S. 11 - 33.
- van Brabant, J. M.* (1991), Key Problems of Creating a Central European Payments Union, in: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review, Nr. 177, S. 119 - 149, Juni.
- Bruno, M.* (1992), Stabilization and Reform in Eastern Europe, IMF Staff Papers, Vol. 39, S. 741 - 777.

Dornbusch, Rüdiger (1992), *A Payments Mechanism for the Soviet Union and Eastern Europe*, presented at the CEPS conference on trade and payments in the former Soviet Union, January.

Kenen, P. B. (1991), *Transitional Arrangements for Trade and Payments among the CMEA Countries*, IMF Staff Paper, Vol. 38, Nr. 2, S. 235 - 367.

P. Bofinger, Würzburg

Backhaus, Jürgen G. (Hrsg.): *Gustav von Schmoller und die Probleme von heute*, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 430, Duncker & Humblot, Berlin 1993. 295 S.

In seiner die Darlegungen der vorliegenden Schrift gut strukturierenden Einleitung führt der Herausgeber u. a. aus, daß er mit dem Buch im Anschluß an das von ihm 1988 aus Anlaß des 150. Geburtstages des großen Sozialwissenschaftlers in dessen Geburtsort Heilbronn initiierte internationale Schmoller-Symposium zweierlei zu erreichen versuche:

- Einerseits gehe es aus dem Abstand von mehr als zwei Generationen zu dem gegen Ende des Ersten Weltkrieges erfolgten Ableben Schmollers um das Aufzeigen der Wirkung seines Lebenswerks, wobei insgesamt deutlich werde, „daß die Wissenschaft mit dem Schmollerschen Erbe unachtsam und unsorgfältig umgegangen ist“.
- Andererseits handele es sich darum, die Ansatzpunkte des Schmollerschen Werks „für die Fragen und Aufgaben zu nutzen, vor denen wir heute stehen“ (S. 9).

Bezogen auf diesen Aspekt wird ganz offensichtlich und keineswegs unbegründet vor allem an Probleme der Sozialpolitik – das Wort in einem weiten Sinne aufgefaßt – gedacht. Für Backhaus stellt sich die Frage, ob Wissenschaft im Stile des Schmollerprogramms heute überhaupt möglich ist. „Können wir von unseren wissenschaftlichen Vereinigungen augenblicklich mit Fug und Recht behaupten, daß sie sich vor allem um die Lösung sozialpolitisch relevanter Fragestellungen bemühen? Ist heute die Staatsmacht überhaupt dazu in der Lage, für richtig erkannte Reformen kraftvoll und verantwortungsbewußt in die Tat umzusetzen, oder bleibt sie im Geflecht der Verbände gefangen?“ (S. 13).

Die 10 Kapitel des Buches sind diesen beiden Anliegen entsprechend in drei große Teile gegliedert. Der I. Teil ist davon bereits – vielleicht etwas vorschnell – dem Einfluß Schmollers gewidmet. Dabei wird dessen generelle Bedeutung für die Nationalökonomie und insbesondere die Wirtschaftstheorie in Gestalt eines „korrigierten“, nämlich Ausführungen von Paul A. Samuelson ergänzenden – nach Ansicht des Rezensenten allerdings noch immer unvollständigen (weil deutsche Vertreter der „Klassischen Schule“ wie v. Thünen, v. Hermann und Launhardt außeracht lassenden) – „Stammbaums“ (vgl. S. 23 ff.) leider nur sehr kurz vorgeführt, und zwar von dem amerikanischen Schmollerkenner Nicholas W. Balabkins. Hingegen wird Schmollers anhand klar gestellter Fragen und präziser Kriterien sehr aufschließend geschilderte Wirksamkeit einerseits für die gesamte englischsprachige wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Literatur und andererseits für die Rezeption der Erkenntnisse der Historischen Schulen in einem Lande, nämlich Italien, viel ausführlicher und vor allem genauer dargestellt. Der erstgenannte Beitrag durch den Nordamerikaner Peter R. Senn, dem eine umfangreiche

Bibliographie der bei der „Spurensuche“ vom Verfasser berücksichtigten Titel angefügt wurde (S. 68 - 79), verdient als wissenschaftssoziologischer Beitrag von Rang zu Fragen des „internationalen Ideenflusses“ besondere Beachtung. Die von Senn im einzelnen berücksichtigten Gliederungsgesichtspunkte sind erstens die Sprache bzw. der Stil Schmollers, zweitens die Bedeutung von Übersetzungen, drittens die Themen und auch die Methoden sowie persönlichen Überzeugungen des Autors, schließlich viertens die zusammenfassende Würdigung seines Einflusses auf die englischsprachige Literatur. Der Einfluß Schmollers auf die englischsprachige Literatur ist nach Senns Auffassung als „bleibend“ einzuschätzen. Aber auch der Beitrag von Riccardo Faucci, Ordinarius an der Universität Pisa, über die Bedeutung Schmollers für verschiedene Richtungen der italienischen Nationalökonomie ist interessant. Allerdings dürfte der gewählte Titel des Beitrags („Gibt es einen Fall Schmollier?“) trotz der dafür angebotenen Begründung (vgl. S. 86) eher irritieren.

Der II. Teil des Buches ist Schmollers zentralem Anliegen, eben der Sozialpolitik und den damit verknüpften Bemühungen um Gesellschaftsreformen (sei es von oben, d. h. vom Staat und dessen Organen, oder auch von unten durch Gewerksvereine, Assoziationen, Bildungsgesellschaften usw.) vorbehalten. Die Darlegungen beginnen mit einer knapp geschriebenen „Erinnerung“ des Schmollerenkels Günter Schmolders an Schmollers „Staatswirtschaftslehre“, die freilich hauptsächlich aus der Perspektive Heinrich Herkners und Arthur Spiethoffs betrachtet wird, welche als langjährige Assistenten oder spätere Kollegen Schmollier eng verbunden waren. Es handelt sich hier vermutlich um die letzte literarische Äußerung von Günter Schmolders vor seinem Tode, wobei immerhin angedeutet wird, daß seiner sozialökonomischen „Verhaltensforschung“ und auch den wirtschaftspsychologischen Arbeiten des Autors offensichtlich bereits erste Skizzen in gleicher Richtung durch Schmollier vorausgegangen sind (siehe dazu S. 103). Der Sammelband bringt sodann die Heilbronner Grußworte des zur Zeit des Symposiums, d. h. im Jahre 1988, amtierenden Vorsitzenden der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Verein für Socialpolitik“, Gernot Gutmann, der sich über Schmollers große Verdienste um die Gründung des Vereins in den Jahren 1872/73 und auch über die späteren bzw. heutigen Aktivitäten der Nachfolgegesellschaft in der Forschung und Politikberatung äußerte. Gutmann brachte zum Ausdruck, daß die Funktionen und Aufgaben, die sich der Verein nach seiner Neugründung im Jahre 1948 zuwies, „sicherlich“ im Sinne Schmollers gewesen wären, was sich freilich nach Ansicht des Rezensenten in einigen Hinsichten bestreiten läßt. Dieser Buchteil mündet schließlich in den besonders beachtenswerten, weil sowohl dogmenhistorisch als auch wissenschaftstheoretisch und methodologisch tiefeschürfenden und speziell in der Auswertung der umfangreichen Originär- und Sekundärliteratur umfassenden Beitrag über „Gustav Schmollier und die Sozialpolitik von heute“ durch Reginald Hansen. Es ist übrigens nicht der erste Beitrag über Schmollier, den wir Hansen verdanken; insbesondere über die wissenschaftstheoretisch-methodologischen und finanzwissenschaftlichen Ansichten Schmollers hat er sich bereits früher aufschlußreich geäußert.

Der III. Teil des Buches schließlich ist solchen ausgewählten, aber zentralen Themen der wissenschaftlichen Arbeit Schmollers und seines Einflusses auf die Wissenschaftsentwicklung in Deutschland vorbehalten, die in seiner Nachfolge bislang z. T. weniger beachtet wurden. Hier findet sich zunächst der Versuch einer ebenso gründlichen wie detaillierten Rekonstruktion der Schmollerschen Gesellschaftsauffassungen durch den Grazer Wirtschaftssoziologen Manfred Prisching. Die Darlegungen betreffen eine Abhandlung, die für den Rezensenten einen weite-

ren Höhepunkt des Werkes darstellt, wobei allerdings die vom Autor gewählte zusammenfassende Bezeichnung seiner Ausführungen als „Gesellschaftstheorie“ nicht ohne weiteres als Schmollernah nachvollziehbar sein dürfte (weniger freilich noch die von Prisching ebenfalls gewählte Bezeichnung Schmollerscher Ausführungen als historisches, evolutorisches, kulturalistisches und etatistisches „Modell“; vgl. S. 185 f. u. 216). Es folgt ein Beitrag „Von Schmoller zu Sombart“ durch den in Kanada lehrenden Sombartforscher Horst Betz mit Ausführungen, die ihrer vorherrschenden Wirkungsorientierung wegen vom Herausgeber besser an anderer Stelle des Buches placiert worden wären. Anhand des herausgearbeiteten Übergangs zwischen den Forschungsbeiträgen der beiden großen deutschen Forscherpersönlichkeiten verdeutlichen sie die frühen, zweifellos seinerzeit bahnbrechenden Versuche auf dem Gebiet der gestalt- und stilorientierten volkswirtschaftlichen Wirkungssystemforschung, wobei der bei Schmoller vorherrschenden Längsschnittanalyse bekanntlich die bei Sombart dominierende Querschnittanalyse gefolgt ist. (Es ist in diesem Zusammenhange übrigens ein wenig zu bedauern, daß in dem Sammelwerk nicht auch das komplexe Verhältnis Schmollers zu Max Weber – und umgekehrt – erneut durch einen Experten beleuchtet worden ist.) Nach dem Beitrag von Betz folgen Darlegungen eines führenden und sowohl dogmengeschichtlich als auch methodologisch versierten Vertreters der heutigen deutschen Betriebswirtschaftslehre, nämlich des Bochumer Betriebswirts Dieter Schneider, über Schmollers Lehre von der Unternehmensverfassung „vor“ Entstehung der modernen Betriebswirtschaftslehre. Die Darlegungen Schneiders wurden in gekürzter Form bereits an anderer Stelle publiziert, sind ihres organisationsanalytisch ebenso aufschließenden wie kritischen Gehalts an der „holistischen Sicht von der Unternehmung als Sozialverband“ wegen (vgl. S. 251) hier aber zu Recht erneut einbezogen worden. Der Band wird beschlossen mit einer Darlegung zum Verhältnis von „Ökonomie und Technologie“ bzw. Ökonomie und Technik durch Karl-Heinz Schmidt von der Universität GH Paderborn.

W. W. Engelhardt, Köln

Anker, Peter: Zinsstruktur und Zinsprognose, Centaurus Verlag, Pfaffenweiler, 1993. 346 S.

Das Buch weist einen Untertitel auf: „Theoretische Beziehungen und empirische Evidenzen für die Bundesrepublik Deutschland“. Dieser Untertitel schränkt den Anspruch des Haupttitels denn auch weitgehend ein, wobei davon auszugehen ist, daß sich nur der Ausdruck „empirische Evidenz(en?)“ auf den Spezialfall Deutschland bezieht, während die theoretischen Beziehungen nicht länderspezifisch sein sollten. Es sei vorausgeschickt, daß die im Buch gezeigten *empirischen* Resultate tatsächlich sehr aufschlußreich und das Ergebnis einer profunden Analyse der entsprechenden Daten sind.

Dem Impressum ist zu entnehmen, daß es sich bei dem Werk um eine an der Universität Gießen erstellte Dissertationsschrift handelt. Als solche ist die Arbeit jedenfalls beachtenswert. Um den Nutzen als Publikation für Theoretiker und Anwender bemessen zu können, müssen aber doch andere Maßstäbe angesetzt werden. Wie leider in deutschen Landen gang und gäbe, fehlen sowohl Sach- als auch Zitateregister mit Seitenverweisen. Diverse sachliche Ungenauigkeiten verhindern zudem, daß man dieses Buch als Textbuch oder Einführung in das Problem wirklich empfehlen könnte. Noch dazu ist die Darstellung komplexer Ableitungen im Text alles andere als didaktisch ansprechend.

ZWS 115 (1995) 1

Das Werk weist immerhin – dies ist sehr positiv hervorzuheben – eine weit gestreute Literaturliste von etwa 300 für den Interessierten wichtigen Arbeiten und Büchern auf. Dort finden sich bunt gemischt zum einen Standardwerke und „seminal papers“ aus dem angloamerikanischen Bereich, zum anderen eine Auswahl von weniger innovativen deutschsprachigen Studien von geringerer Verbreitung. Dennoch sind auch die meisten Werke der letzteren Klasse lesenswert und bedeutend sorgfältiger ausgearbeitet als das vorliegende Buch. Zur Literaturliste ist noch zu sagen, daß die Zeitschrift „Biometrika“ unrichtigerweise mit „c“ geschrieben wird und – weit wichtiger – alle Bücher mit Erscheinungsort anstatt mit dem entsprechenden Verlag etikettiert sind.

Die Sprache Deutsch bereitet im Umgang mit dem Thema notwendigerweise Schwierigkeiten, da die meisten Originalausdrücke englisch sind. Zum Glück vermeidet der Autor großteils unschöne und ungebräuchliche Eindeutschungen, springt aber doch oft in einem Satz z.B. zwischen internationalem Dezimalpunkt und deutschem Komma hin und her. Auch steht „OLS“ gemischt mit der altmodischen Eindeutschung „KQ“.

Im Detail beginnt das Werk nach einer Einleitung mit einem Abriß der Erwartungstheorie der Zinsstruktur (Kapitel II), die sich stark an den schwierigen Arbeiten von *Cox/Ingersoll/Ross* orientiert. Im Kapitel III folgt eine deskriptive Analyse der bundesdeutschen Daten, die später wieder aufgegriffen werden.

Kapitel IV handelt von „Rationalität und Effizienz von Prognosen“, bleibt in der wahrscheinlichkeitstheoretischen Interpretation zentraler Begriffe wie z.B. bedingter Erwartungen an der Oberfläche und grenzt Ausdrücke in eigentümlicher Verwendung (wie z.B. der Begriff „Konsistenz“, der statistisch geschulte Leser unweigerlich an asymptotische Eigenschaften von Schätzern und Tests erinnert) unzureichend gegen die üblichen Definitionen ab.

Kapitel V beschäftigt sich mit Schätz- und Testproblemen bei Effizienztests und wirkt mißlungen. Zitate aus Textbüchern (z.B. *Granger/Newbold*) überborden sinnlos, Darstellungen von Techniken sind wenig verständlich und viele Formulierungen sind einfach falsch.

Zum Glück beginnt mit Ende des Kapitels V und im ganzen Kapitel VI dann eine sehr saubere und schöne Darstellung der Problematik von Integration und Kointegration und der damit einhergehenden statistischen Inferenz. Hierauf folgt der stärker empirisch ausgerichtete Teil des Buches.

Kapitel VII bestätigt die Integrationshypothese für deutsche Zinssätze, ohne auf die theoretischen Probleme dieses Modells – im speziellen das notwendigerweise unbeschränkte erratische Wandern der Zinssätze über den Gesamtraum der realen Zahlen in integrierten Modellen, das eindeutig im Widerspruch zur Evidenz steht – oder die statistischen Effekte bedingter Heteroskedastie einzugehen. Zum letzteren Punkt ist überhaupt zu sagen, daß ARCH-Modelle sehr im Kontrast zu ihrer Rolle in der Finanz-Empirie des letzten Jahrzehntes vom Autor nur am Rande erwähnt werden. Andererseits wird klassische Heteroskedastie (z.B. im Sinne des White-Tests) mit bedingter Heteroskedastie überhaupt gleichgesetzt.

Kapitel VIII lehnt sich bei der Behandlung des sogenannten CCAPM (consumption-based capital asset pricing model) an das Buch des Schweizer *Bossard* an. Auch hier ist nicht alles Wonne, z.B. muß das Fußnoten zitat „*Maddala*“ zur Rechtfertigung einiger unrichtiger Behauptungen über die Eigenschaften von Log-normal-Verteilungen herhalten (bei *Maddala* selbst korrekt).

In Kapitel IX wird dann der Hauptteil der empirischen Evidenz präsentiert. Die vergangene Entwicklung der Zinssätze verschiedener Fristigkeit enthält bereits die wichtigsten Informationen über die zukünftige Entwicklung, wogegen andere ökonomische Variablen nur geringe Erklärungskraft aufweisen. Dieses Ergebnis ist sicher von erheblichem Interesse. Auch die festgestellte Überlegenheit der Prognosen aufgrund bayesianischer Spezifikationen ist für Anwender der VAR-Prognosetechnik relevant.

Kapitel X relativiert unter dem Etikett „bedingte Effizienz“ die vorangegangenen Resultate wieder etwas und stellt fest, daß Fremdvariable doch zur Verbesserung von Prognosen nützlich sein können, wobei dieses Faktum jedoch stark vom gewählten Zeitreihenmodell abhängt. Hier wird auch das Problem der Parameterkonstanz behandelt. Der Durchschnittsleser wird an dieser Stelle jedoch wahrscheinlich nicht mehr die Geduld aufbringen, die zahlreichen Tabellen mit Unmengen von Zahlen eingehend zu studieren. Auch die mehrseitige Graphik von Impulse-Response-Funktionen muß kursorisch erscheinen, da doch bekannt ist, wie sensitiv diese gegenüber Variationen der Modellspezifikation sind.

Der Autor bleibt im linearen Rahmen und geht auf die derzeit florierenden Bemühungen, nichtlineare Zeitreihenmodelle oder etwa die Chaostheorie zur Beschreibung und Prognose von Zinssätzen zu verwenden, nicht ein. In Summe ist dieses Buch dem/der am Thema Interessierten unter dem Vorbehalt zu empfehlen, daß es kritisch gelesen und als Brücke zur zitierten Literatur aufgefaßt werden sollte.

Literatur

- Bossard, A.* (1988): Konsum und Kapitalmarkt, Berner Beiträge zur Nationalökonomie 54.
- Cox, J. C./Ingersoll, J. E./Ross, S. A.* (1981): A Re-examination of Traditional Hypotheses about the Term Structure of Interest Rates, *Journal of Finance* 36, p. 769 - 799.
- Granger, C. W. J./Newbold, P.* (1986): *Forecasting Economic Time Series*, Academic Press.
- Maddala, G. S.* (1977): *Econometrics*, McGraw-Hill.

R. M. Kunst, Linz-Auhof

Koslowski, Peter: Gesellschaftliche Koordination, J. C. B. Mohr, Tübingen 1991. 124 S.

An das in den letzten Jahrzehnten etwas verlorengegangene Wissen um die Interdependenz der Ordnungen wird durch die Arbeiten von Koslowski, der die Interdependenz der verschiedenen Kulturbereiche Kunst, Wissenschaft, Religion, Politik und Wirtschaft betont, erinnert. Koslowski strebt eine ganzheitliche gesellschaftliche Sicht an, eine Theorie der Marktwirtschaft als Kulturwirtschaft, wobei er ebenfalls eine ontologische Theorie der Marktwirtschaft begründen will.

Jede Handlung muß nach Koslowski dem ökonomischen Prinzip (Prinzip der Sparsamkeit) und der freiwilligen Koordination (möglichst maximale Koordination) entsprechen. Die Marktwirtschaft beruht u.a. auf freiwilliger Koordination

und erwartet die Beachtung des Rationalitätsprinzips, der bestmöglichen Nutzung knapper Ressourcen. Obgleich es sich hierbei um eine Ideologie und nicht um eine Theorie handelt, die widerlegt werden kann, baut Koslowski auf dieses Prinzip der Sparsamkeit auf. Er will die Ökonomie aus der Enge einer Partialwissenschaft herausnehmen und als „ethische Ökonomie“ eine Sicht entwickeln, die in den Entscheidungen das richtige und gute Leben aller zum Ziel hat. Im ontologischen Ansatz greift er auf die Metaphysik von Leibniz zurück. Im kulturwissenschaftlichen Ansatz der ethischen Ökonomik analysiert er den kulturellen Zwischenbau der ethisch-kulturellen Gewohnheiten sowie der ethischen Normen als bedeutenden kausalen Faktor der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Das Buch enthält im wesentlichen schon publizierte Beiträge. Teil A, der drei Kapitel umfaßt, ist eine Überarbeitung und Erweiterung eines 1985 publizierten Beitrags. Die beiden Kapitel des Teils B sind ebenfalls getrennt publiziert worden. Im ersten Teil (Teil A) beschäftigt sich Koslowski mit der Marktwirtschaft als Maximierung der Koordination bewußter Wesen (ontologischer Teil) und in Teil B mit „ethischer Ökonomie als Synthese von ökonomischer und ethischer Theorie“.

Im ersten Kapitel geht es um die Entstehung des Maximierungs-Minimierungskalküls und des Koordinationsdenkens bei Leibniz und Maupertuis. Dabei zieht er Parallelen zu Leibniz' „Calculus de Maximis et Minimis“, als Beginn der Infinitesimalrechnung, und auf Maupertuis' „Prinzip der kleinsten Aktion“. Er versucht daraus, einen universalen Koordinationsmechanismus zu entwickeln.

In Kapitel 2 wird unter Rückgriff auf die nomadische Natur der Individuen eine Theorie der gesellschaftlichen Koordination entwickelt. Im 3. Kapitel geht es um deren Konsequenzen für die gesellschaftliche Koordination.

Teil B enthält die beiden Kapitel „Ethische Ökonomie als positive Theorie der Volkswirtschaft“, wobei es um die Nationalökonomie als Kulturwissenschaft geht, und „Ethische Ökonomie als normative Theorie“.

Koslowski ist bemüht, Aspekte des philosophischen Denkens – aus der praktischen Philosophie ist die Ökonomie ja entstanden – wieder mit der Ökonomik zu verbinden und sie zu integrieren.

Das Buch leidet jedoch unter seiner apodiktischen Ausdrucksweise. Zu wenig erklärt Koslowski seine Position, er liebt Wortspiele und Wiederholungen. Begriffe werden nicht genau definiert. Was ist genau unter Kultur zu verstehen? Selbst der häufig verwendete Begriff der Ontologie ist nicht klar abgegrenzt. Geht es um das Sein oder um das Seiende? Was ist die ontologische Dimension der Wirtschaft? Es ist schon sehr verallgemeinernd, wenn Koslowski behauptet, daß Philosophie, Theologie und Ökonomie auf denselben Zweck zielen (das richtige Leben und den richtigen Gebrauch der Ressource Zeit). Er will theologisches, philosophisches und ökonomisches Denken verbinden.

Es ist aber zweifelhaft, ob er eine klare Vorstellung von der Theorie der Marktwirtschaft hat, auch die Ethik wird ebenfalls bei ihm nicht klar umrissen dargestellt. undefiniert und unreflektiert wird der Begriff der Wirtschaftsethik benutzt. Die Ethik ist anscheinend der Ökonomik übergeordnet. Er wünscht sich, daß Menschen sich die Maxime Leibniz' zu eigen machen, die besagt, individuelles Handeln sei erst dann optimal, wenn es die gesellschaftliche Verantwortung verarbeitet. Er übersieht dabei die Unmöglichkeit, die vorhandenen Informationen zu verarbeiten und, ohne Kenntnis der Preise, gesamtverantwortlich ethisch zu handeln. Seine flache Integration der getrennten Wissenschaften führt zu einer Vernebelung der Probleme!

Koslowski scheint seine theoretischen Vorstellungen nicht zu Ende zu denken, er springt methodisch hin und her, so daß man keine klare Linie findet. Er legt zwar Ähnlichkeiten dar, mixt diese aber zusammen, ohne sauber analytisch zu argumentieren. Seine naturrechtliche Sicht ist nicht mehr auf dem Stand der Zeit, er scheint als Grundlage eine einheitliche Kultur vorauszusetzen, sich mehr mit Ethos zu beschäftigen als mit der Herausarbeitung von ethischen Normen. Seine oft interessanten Ausführungen leiden an der Methodenlosigkeit, so daß der Leser das Buch enttäuscht zur Seite legt.

W. Lachmann, Nürnberg

Saari, Donald G., *Geometry of Voting*. Berlin, Springer-Verlag 1994, pp. xvi, 372.

Donald Saari opens this book with an example of a collective choice problem. A single beverage choice must be made for a department's fall banquet. Six members prefer milk over wine and wine over beer; five beer over wine over milk; and four wine over beer over milk. The chair of the department uses the plurality voting rule and selects milk. At the banquet the department members discover that $\frac{3}{5}$ ths of the department prefers *either* beer or wine to milk. The motives of the chair become suspect and a plot begins to brew to oust him. Subsequent collective decisions must be taken, each introduces a new paradox.

This first chapter anticipates the rest of the book well by illustrating that, "Outcomes can be manipulated, a candidate can be penalized by receiving extra support, procedures don't do what we expect them to do" (p. 1), *and* by doing so in a lively and humorous manner.

Although the chapters that follow contain a withering array of proofs and diagrams, throughout the book Saari manages to intermix amusing asides and examples to lighten the reader's burden and spirits. It is a well written book.

Saari employs a mixture of geometry and algebra, briefly introduced in Chapter 1, throughout the book. Thus, the technical skills required by the reader to follow the text are not great. On the other hand, the text proceeds from one theorem to another relentlessly for 350 pages, and both the proofs and the pictures become on occasion rather intricate. I doubt whether many students or their professors will have the stomach to work through the text unless they have a considerable background in mathematics.

What Donald Saari has developed in a series of previously published articles and in this book is a quite novel methodology for examining the properties of different voting rules using two and three dimensional figures. Those familiar with the spatial voting literature might suspect that it is a variant on this approach. But it is not. Although Saari briefly illustrates the connection between the two (pp. 102 - 4), having worked through Enelow and Hinich's (1984) text, say, will not really prepare one for Saari's. Its methodology is more or less orthogonal to all other approaches.

Although the methodology is different, the results will be familiar to those who have worked in the public-social choice field. Cycling, median voter theorems, Arrow paradoxes, agenda manipulation, apportionment paradoxes all reappear illustrated with Saari's geometric technique. If one counts Saari's previously published papers, there is not a lot in this book that is spanking new, and even ignor-

ing them many of the results (e.g. Arrow theorem) have been around a while. Perhaps, the most interesting finding that many readers will be surprised at is how well the Borda count stacks up as a voting rule. Saari also nicely illustrates the limitations of a Condorcet winner and more generally the limitations of using only information on pairwise orderings to make social choices (pp. 79 - 99, 229 - 37).

The book is written as a textbook, and therefore interspersed with exercises for the students. Its length and difficulty would demand a full semester of an advanced undergraduate or graduate course, however. Given the level of difficulty, I doubt if many American undergraduates would be *willing* to work through the text, unless they were mathematics majors. Since it leaves a lot of public choice questions out, it could not serve as the sole text for a graduate course in public choice. I would see it more as a graduate/undergraduate special topics course text, or perhaps the text for one semester of a two semester graduate sequence in public choice.

As such, a professor considering adopting the book for a graduate course has a difficult decision to make. Although it covers a lot of the basic material one wants the students to learn, its approach is so unique that it does not really equip the student with the analytic tools to read most of the existing literature. Again this may not be a big handicap for students with a lot of mathematics background. But to the extent that a graduate course teaches techniques as well as results, this book may not be the best choice of texts – unless, of course, the approach becomes more widely adopted, as it well might.

My main criticism of the book is that it dwells too much on the negative side of social choice. It begins with examples of voting paradoxes and works its way up to the Arrow theorem some 320 pages later. Along the way the reader is frequently informed “How bad it can get“, and the like. The reader is occasionally given some more salutary results, as with respect to the Borda count. But Saari clearly takes more delight presenting paradoxes and proving impossibility theorems than showing how well certain procedures handle particular problems.

For a textbook which seeks to convey the main findings of the literature, at least up through the early 1970s, this emphasis on the negative is perhaps appropriate. But there is a positive side to social choice, and more recent results of this type might also have been included, indeed should have been included for a balanced account.

All of the examples Saari gives involve either candidates for office, or mutually exclusive options like the milk-wine-beer example, i.e. all are I win-you lose types of examples. But not all social choices are of this type, some are win-win choices like the provision of a public good or cooperative resolution of a prisoners' dilemma. When such choices must be made some voting procedures give quite reasonable results. For example, if one makes assumptions about the shape and distribution of preferences that seem quite reasonable, if one is trying to choose public good quantities over a multiple dimensional issue space, Caplin and Nalebuff (1988) have shown that a 64% required majority suffices to eliminate the possibility of cycles. The restrictions on preferences violate an Arrowian unrestricted domain assumption, but such a violation is reasonable, when one restricts choices to public good provision. Caplin and Nalebuff's theorem might usefully have been related to Saari's results on the $\frac{2}{3}$ majority rule (pp. 133 - 4).

Similarly, all of the demand revealing processes implicitly restrict the types of preferences individuals can have for the public goods provided (e.g. negative

sloped demands). Saari makes no reference at all to these procedures, and although he does have some theorems about weighted votes, the weights are not related to individual preferences as under the demand revelation procedures, and so their relevance to these procedures is not clear.

My preference would be for future books like this one to start out by stating what it is we want to accomplish collectively and then try to determine what assumptions are reasonable to make, and then which rule(s) is (are) best for the objective, rather than to try and construct a paradox in each situation. Let me illustrate.

Suppose our objective is to elect an assembly of representatives that is truly representative of the preferences of the voters i.e. each voter is represented by a voter or party which takes the positions on issues that she does, and the votes of these persons or parties are weighted in proportion to their number in the polity. With such a goal, one would obviously choose a PR system of some sort. But then how does one deal with leftover fractions? This is a question over which much ink and effort has been expended, and Saari joins in proving more paradoxical theorems (pp. 275 - 320). But rounding-off need not be a problem, when voting is not restricted to "a show of hands" or its equivalent. Suppose, for example, the constitution limits the parliament to 200 seats in a country of 12,000,000 voters. Each 60,000 voters should then get to fill one seat. Now let a reasonable formula be used to allocate seats to parties (say largest remainders), which gives party *A* 10 seats for its 600,892 votes and *B* 20 seats for its 1,189,145. Now if the goal is to represent *voters* in the population in proportion to their numbers, when it comes time to decide issues in the parliament, this goal can be accomplished by giving each representative of party *A* 1.0014866 ($600,892 / 60,000$) votes to cast, and each member of *B* .9909542. In a world of computers (pocket calculators) perfectly proportional representation of *voters* can be achieved with any formula for assigning seats, so long as it does not give zero seats to a party.

For whatever reasons, economists and many others seem more fascinated by democracy's failings than of its successes. Thus, the great interest in Arrow and the literature he spawned. Donald Saari is one of those who is clearly fascinated by paradoxes, and his book will, I am sure, spread this fascination to others. For those willing to make the investment to master Saari's geometric approach a deep understanding of the properties of voting procedures will be obtained. Armed with such an understanding, perhaps Saari or some of his students will push on to demonstrate how some voting procedures in some circumstances give attractive results.

References

- Caplin, Andrew/Nalebuff, Barry, On 64%-Majority Rule, *Econometrica* 56, 787 - 814.
- Enelow, J. M./Hinich, M., *The Spatial Theory of Voting*, Cambridge, Cambridge University Press, 1984.

D. C. Mueller, Vienna

Wirz, Stephan: Vom Mangel zum Überfluß. Die bedürfnisethische Frage in der Industriegesellschaft (Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Band 27). Münster: Aschendorff Verlag, 1993, 208 S.

Kennzeichen moderner Industriegesellschaften, so die Analyse des Verfassers, sei die Verselbständigung der Produktion, die nicht mehr, wie in vorindustrieller Zeit, „auf Abruf und Bestellung“ erfolge (vgl. S. VI *et passim*): „Die als Folge der verselbständigten Produktion ausgeweitete Bedürfniswelt erweist sich ... als höchst konfliktträchtig, sowohl in sozialer wie ökologischer Hinsicht, insbesondere aber hinsichtlich der Frage, inwieweit der Mensch infolge dieser ständig expandierenden Erwartungswelten überhaupt noch zur ‚humanen Selbstorganisation seiner Wünsche und Interessen‘ fähig ist“ (S. VI).

Kapitel 1 liefert zunächst einen summarischen Überblick über die strukturellen Bedingungen der Industriegesellschaft, die mit einer (idealtypischen) „vorindustriellen Gesellschaft“ kontrastiert wird. Bei diesem Parforce-Ritt durch mehrere Jahrhunderte bleiben kleinere „Sprungfehler“ nicht aus, wenn etwa holzschnittartig die Abwesenheit „rational-ökonomischer Kriterien“ in der feudalistischen Landwirtschaft behauptet wird; aber gelegentlich kommt es auch zu regelrechten „Stürzen“ im dogmenhistorischen Dickicht, wenn der Verfasser etwa Smith' *Sympathie* (in der *Theorie der ethischen Gefühle*) mit Altruismus verwechselt und diesen dann auch noch prompt mit dem „Egoismus“ des *Wohlstands der Nationen* kontrastiert (vgl. S. 5). Damit nicht genug: Wirz kreuzt nun auch noch Bernard de Mandevilles *Bienenfabel* mit der *Unsichtbaren Hand* des Adam Smith, obwohl dieser doch gerade Mandevilles Rechtfertigung „privater Laster“ als „öffentliche Tugenden“ heftigst zurückgewiesen hatte, und zwar als eines jener „Systeme, welche jegliche sittliche Bindung aufheben“. Trotz derartiger „Schnitzer“ bleibt sicherlich die Schlußfolgerung, daß auch die marktwirtschaftliche Ordnung ein Artefakt des Menschen und damit seiner Gestaltung zugänglich und bedürftig sei, ebenso richtig wie der Hinweis darauf, daß die durch diese Ordnung (jedenfalls für die Menschen in den Industrieländern) formal und real mögliche Bedürfnisbefriedigung noch nicht ausreicht, um die Legitimität des Wirtschaftens und der Bedürfnisbefriedigung vollständig zu beurteilen.

Der Reflexion von Bedürfnisbefriedigung (die hier im Gegensatz zur „mainstream economics“ nicht als Datum gesehen wird) widmet sich nun Kapitel 2 anhand einiger ausgewählter (und wiederum teilweise recht stilisierter) Ansätze, nämlich der sozialromantischen Gesellschaftskritik Adam H. Müllers, der die Gestaltung und Befriedigung der Bedürfnisse als Problem einer sozial entwurzelten Industriegesellschaft begreift, und der Betrachtungsweise von Karl Marx und Friedrich Engels, die Gestaltung und Befriedigung der Bedürfnisse im Kontext der (kapitalistischen) Klassengesellschaft thematisieren. Diesen am „Mangel“ orientierten Kritiken des Frühkapitalismus stellt Wirz den „Ansatz beim Überfluß“ entgegen, nämlich die Kritik der Wohlstandsgesellschaft des 20. Jahrhunderts, die sich wiederum aus unterschiedlichen Quellen speist: Bei John Kenneth Galbraith und Vance Packard geht es vor allem um die Manipulation der Verbraucher durch die Industrie, bei Erich Egner dagegen um die Wiedergewinnung einer „hauswirtschaftlichen“ Perspektive gegenüber den immer besser ausgeklügelten Methoden der „Verkaufsförderung“. Diese stärker ökonomisch geprägte Kritik wird sodann ergänzt und weitergeführt durch eine stärker anthropologisch ausgegerichtete Kritik, wie sie – in jeweils unterschiedlicher Weise – Herbert Marcuse und Erich Fromm vortragen. Dieses Kapitel ist, zumal für den fachwissenschaft-

lich begrenzten Leser, recht informativ, aber es ist in seiner Gedrängtheit auch wieder nicht ganz unproblematisch: So stützt sich die Darstellung von Marx und Engels vor allem auf deren Frühwerk (bei Engels auf *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (1844) und bei Marx auf die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte* aus dem gleichen Jahre); hier stellen sich wichtige (und unbeantwortete) Fragen nach dem Verhältnis von Früh- und Spätwerk der beiden Autoren, nicht zuletzt auch angesichts der Tatsache, daß sie in jenen frühen Jahren noch wenig zusammengearbeitet haben, so daß die häufige Redeweise von „Marx und Engels“ für diesen Zeitpunkt zumindest gewagt erscheint.

Aus der Diskussion dieser Ansätze entwickelt Wirz nun drei zentrale bedürfnisethische Probleme, nämlich das der „humanen Angemessenheit“, der „Sozialverträglichkeit“ und der „Umweltverträglichkeit“. Als wesentliche Schwäche der von ihm referierten Kritiken erkennt er richtig: „Sie stellen ... sowohl die Bedürfnisoffenheit wie auch die grundsätzliche sittliche Befähigung des Menschen, mit seinen Bedürfnissen im Rahmen formaler und materialer Freiheit verantwortlich umzugehen, in Frage“ (S. 150). Damit besteht immer die Gefahr, Freiheitsrechte der (letztlich unmündigen) Individuen einzuschränken – und eine derartige „Lösung“ der bedürfnisethischen Problematik würde vermutlich den Teufel (der Bedürfnismanipulation) durch den Beelzebub (der Bedürfnisdiktatur) austreiben.

Im abschließenden dritten Kapitel werden nun die Grundzüge einer Bedürfnisethik skizziert, ausgehend von der „Bedürfnisoffenheit des Menschen“ und seiner „sittlichen Befähigung“; konkretisiert wird dies anhand der Kriterien der „humanen Angemessenheit“, die den Konsumenten verpflichten, „die Gestaltung und Befriedigung seiner Bedürfnisse auf die Ausbildung ... [der] Bedürfnisstufen hin zu überprüfen“ (S. 176); der Verfasser orientiert sich dabei an dem Drei-Stufen-Modell Philipp Lersch, der zwischen dem „lebendigen Dasein“, dem „individuellen Selbstsein“ und dem „Über-sich-hinaus-Sein“ unterscheidet. Ergänzt wird dies durch die Verpflichtung des Produzenten zur Produktion zureichender, tauglicher und besserer sowie innovativer Produkte, die Verpflichtung der öffentlichkeitswirksamen Organisationen und Medien zu aufklärerischer Berichterstattung und schließlich die Verpflichtung des Staates zur adäquaten Gestaltung der (marktwirtschaftlichen) Wirtschaftsordnung, zu Maßnahmen des Verbraucherschutzes, der Erziehung und – im Extremfall – des staatlichen Ge- und Verbots. Bei der Frage der Sozialverträglichkeit geht es zum einen um verschiedene Formen externer Effekte, aber auch der internationalen und intertemporalen Gerechtigkeit, die dann zur Frage der Umweltverträglichkeit des Wirtschaftens überleiten. Die vom Verfasser zu Recht angemahnte internationale Zusammenarbeit hätte sich gut am Beispiel des Erdklimas veranschaulichen lassen, worauf der Verfasser leider verzichtet.

Insgesamt zeigt die vorliegende Arbeit – eine Dissertation an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München – ein erfreuliches Bemühen um die Kommunikation zwischen häufig unverbundenen theologisch-sozialethischen und ökonomischen Argumentationssträngen. Daß manche historischen Urteile recht holzschnittartig ausfallen, ist angesichts des langen betrachteten Zeitraums fast unvermeidlich; daß bei der Vielzahl der zitierten Literatur die notwendige Quellenarbeit mitunter unzureichend bleibt, ist ebenso verständlich wie bedauerlich. Bei aller Anerkennung für die erbrachte Leistung muß man doch festhalten: Weniger wäre hier mehr gewesen.

H. G. Nutzinger, Kassel

Habermann, Gerd: Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs. Frankfurt/M., Berlin (Propyläen) 1994. 464 S.

Das Buch stellt die Geschichte des Wohlfahrtsstaates in Deutschland seit dem ausgehenden Absolutismus bis zur Gegenwart und die Auseinandersetzung der liberalen Bewegung mit dieser Entwicklung dar.

Im ersten Teil wird am Beispiel Preußens unter König Friedrich II. eine Beschreibung dieses frühen Wohlfahrtsstaates der Könige gegeben. Bereits hier wird deutlich, wie sehr der moderne Wohlfahrtsstaat an das „soziale Königtum“ der damaligen Zeit anknüpft. Weite Passagen der knappen Darstellung unterscheiden sich hinsichtlich der Begründungen für Interventionen in das Wirtschaftsleben, der Gebiete, auf denen derartige Interventionen vor sich gehen und der Vorgaben, die dabei vom König für das „Glück der Untertanen“ gemacht werden, wenig von dem, was heute von demokratisch gewählten Regierungen geboten wird. Der Autor stellt dann wichtige zeitgenössische Kritiker dieses absolutistischen und utilitaristischen Gesellschaftsmodells mit ihren Hauptgedanken kurz vor, unter anderem Persönlichkeiten wie Herder, Goethe, Schiller, Wilhelm v. Humboldt und Kant. Die Kritik ist dabei nicht ausschließlich und zumeist noch nicht einmal vorherrschend auf wirtschaftliche Argumente gegründet. Im Vordergrund steht vielmehr der Gedanke der Entfaltung der Individualität des Menschen, seiner ihm innewohnenden Kräfte und Möglichkeiten und die Forderung nach weitestgehender Sicherung der Freiheit als Voraussetzung einer solchen Entfaltung – ein Gedanke, der mittlerweile fast gänzlich aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskussion verschwunden zu sein scheint. Dies kommt besonders bei Wilhelm von Humboldt als dem weitestgehenden Verfechter freiheitlicher Ideen auf deutschem Boden zum Ausdruck.

Die Ideale einer offenen Gesellschaft und die Prinzipien einer diesen Idealen entsprechenden Wirtschaftsordnung werden freilich in England entwickelt, weswegen der zweite Teil der Arbeit mit einer knappen Darstellung der diesbezüglichen Gedanken von Adam Smith beginnt. Nach den Napoleonischen Kriegen breitet sich das liberale Gedankengut verstärkt auch auf Deutschland aus. Aber selbst in dieser Hochphase liberaler Ideen sind die Positionen der Liberalen in Deutschland vergleichsweise vorsichtig. Exemplarisch wird aufgezeigt, wie im Transportwesen, im Versicherungswesen, im Schulwesen, im Berechtigungs- und Konzessionswesen dem Staat immer noch wesentliche Aufgabenfelder zugewiesen werden. Infolgedessen wird in Deutschland eine starke etatistische Tradition gewahrt. Damit wird das alte obrigkeitsstaatliche Denken nie grundsätzlich überwunden.

Die Verbindung dieses wohl besonders von Hegel beförderten metaphysischen Staatsglaubens mit der Fortführung der rationalistischen kontinentaleuropäischen Tradition führt zu einer Kontinuität wohlfahrtsstaatlichen Denkens in Deutschland, die gemeinsam mit sozialistischen Ideen dem modernen Wohlfahrtsstaat zum Durchbruch verhilft. Dieser Entwicklung widmet sich in umfassender Weise der *dritte Teil* des Werkes. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts wird von führenden Sozialwissenschaftlern und Publizisten wie Robert Kohl, Carl von Rotleck, Karl Heinrich Rau und Friedrich List interventionistisches Gedankengut verstärkt in die Diskussion eingebracht. Vorläufig behaupten sich aber liberale Denker wie Frédéric Bastiat, John Prince-Smith, Eugen Richter und Ludwig Bamberger, die mit ihren Gedanken vor allem zum Mythos der „sozialen Frage“ und zur Solidarität in der Marktgesellschaft kurz vorgestellt werden. Schließlich gewinnt in der Nationalökonomie jedoch das Programm der „Kathedersozialisten“ sowie der historischen Schule die Oberhand, wie es bei Gustav Schmoller und Adolf Wagner

zu einer idealtypischen Ausprägung kommt. Es ist dies das Programm eines neuen Interventionismus durch den Staat und der Abwertung der individuellen Freiheit.

In der Praxis gelingt der Durchbruch zum neuen Wohlfahrtsstaat mit der Wende in der Wirtschaftspolitik durch Bismarck nach 1878, insbesondere mit der Einführung des Zwangsversicherungssystems. Die von Liberalen wie Ludwig Bamberg und Karl Braun vorgetragene Argumente gegen das Zwangsversicherungssystem und die Ausweitung der Staatstätigkeit, die im einzelnen dargestellt werden, konnten sich gegen Bismarck und die sozialpolitischen Ideale der historischen Schule nicht durchsetzen. Was in den Jahrzehnten danach folgte, war der „erneute und anscheinend unaufhaltsame Siegeszug der Sozialintervention“ und dementsprechend der Niedergang liberalen Gedankenguts. Der Triumph des Paternalismus seit Bismarck wird bei der Ausbreitung der „Arbeiterversicherung“ über die ganze Gesellschaft, der Kollektivierung ehemals privater Verantwortlichkeiten, bei zunehmenden Staatseingriffen und Regulierungen im Bereich der Familie, des Wohnens und der Arbeit, im zunehmenden Umfang direkter wirtschaftender Tätigkeit des Staates, bei der Sozialhilfe und schließlich bei der Verwässerung föderaler Strukturen deutlich.

Es sind vor allem die praktisch auf keinerlei Grenzen mehr treffende Ausdehnung des sozialen Auftrags des Staates, der vollständige Wandel des Freiheitsverständnisses, das Gesellschaftsideal der Gleichheit statt jenes des Wettbewerbs, dazu exogene Faktoren wie die beiden Weltkriege und die Rolle der Parteien in der Demokratie, die den Wohlfahrtsstaat immer weiter treiben. Wird diese Entwicklung in die Zukunft projiziert, so wird sie zum Untergang von Selbständigkeit und Unternehmertum, zur Auflösung gewachsener und sozialer Institutionen wie der Familie, zum Niedergang von Werten wie Verantwortung, Fleiß, Durchsetzungsvermögen etc., zu einer stationären Gesellschaft ohne Wettbewerb und Wandel führen.

Im *vierten Teil* werden einige Stationen und Argumente in der Geschichte des Widerspruchs zum neuen Wohlfahrtsstaat beleuchtet. Eine Betrachtung liberaler Parteiprogramme seit Bismarck zeigt bereits, daß von den liberalen Idealen des 19. Jh. nur noch wenig übriggeblieben ist und liberales Gedankengut unter dem Einfluß von Gruppeninteressen zunehmend verwässert wird. Relativ ausführlich werden die liberalen Vorstellungen von Friedrich Naumann und Max Weber beschrieben. Einen kurzen Aufschwung erleben liberale Gedanken nach dem zweiten Weltkrieg, befördert von Theoretikern wie Ludwig von Mises, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und Friedrich von Hayek, zum Teil in politische Praxis umgesetzt von Ludwig Erhard, dessen Wirken ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Insgesamt bleibt Erhard in der gesellschaftspolitischen Diskussion freilich unterlegen, indem die Kontinuität der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung auch in der Bundesrepublik gewahrt und in einigen Bereichen sogar noch ausgebaut wird.

Die Entwicklung der letzten 300 Jahre läßt daran zweifeln, die gegenwärtige Gesellschaft in Deutschland als die „freieste der deutschen Geschichte“ zu bezeichnen. Im Gegenteil: die Logik des Wohlfahrtsstaates drängt zu einer Rückbildung der im 19. Jh. in Angriff genommenen offenen Gesellschaft mit den Institutionen der freien Gesellschaft, mit Familie, Privateigentum, Marktwirtschaft und spontanen Selbstregulierungen verschiedener Art in eine geschlossene Gesellschaft mit dominierendem Staatseingriff, einer bürokratischen Ordnung, mit nur sehr eingeschränkter persönlicher Freiheit und einem System distributiver Gerechtigkeit. Die im 19. Jh. erworbenen Freiheitsrechte werden im Tausch gegen „soziale Sicherheit“ an den Staat zurückgegeben. Was bleibt, das ist die Gewißheit, daß der Wettbewerb der Ordnungen innerhalb der einzelnen Gesellschaften

weitergeht und dem Fortschreiten des Wohlfahrtsstaates durch die Knappheit der für die Verteilung zur Verfügung stehenden Mittel Grenzen gesetzt sind.

Insgesamt handelt es sich bei der Arbeit von Habermann um ein lesenswertes Buch, das insbesondere auch für liberale Denker und Ökonomen in einzelnen Neues bringen mag, das darüber hinaus durch die dichte Darstellung der Gründe und Zusammenhänge der Entstehung des heutigen Wohlfahrtsstaates und dem Aufzeigen der Folgen dieser Entwicklung für die Gesellschaft zur verstärkten Wiederaufnahme liberalen Gedankenguts in die gesellschaftspolitische Diskussion einlädt. Das Werk wendet sich dabei an einen größeren Leserkreis und ist daher relativ leicht verständlich geschrieben, so daß auch dem ökonomischen Laien die Logik der Gedankenführung klar wird. Der Autor nimmt eine sehr umfassende Analyse der liberalen Bewegung in Deutschland vor, so daß auch weniger bekannte Autoren und Außenseiter der gesellschaftspolitischen Diskussion berücksichtigt werden, teilweise wohl sogar der Vergessenheit entrissen werden. Da die Auseinandersetzung mit sozialistischen und konstruktivistischen Ideen, die dem Wohlfahrtsstaat zugrunde liegen, nicht systematisch und umfassend, sondern anhand der Argumente der jeweiligen (liberalen) Gegner erfolgt, setzt das Buch allerdings ein gewisses liberales Grundverständnis voraus.

Der Autor selbst nimmt Wertungen des Geschehens vor, ohne daß der Erkenntniswert der Arbeit grundsätzlich darunter leidet und orientiert sich dabei im wesentlichen an den liberalen Idealen des 19. Jh., auch wenn manche Dinge, die von damaligen Liberalen z.T. heftig bekämpft wurden, heute als selbstverständliches Gedankengut in der Gesellschaft verankert und allgemein anerkannt sind. Diese konsequente Argumentation macht aber in hervorragender Weise deutlich, wie weit man sich heute schon von den Idealen einer offenen Gesellschaft wieder entfernt hat, sie regt zudem dazu an, auch scheinbar Selbstverständliches zu hinterfragen und in Zweifel zu ziehen.

Die Arbeit kann wegen des eher populärwissenschaftlichen Anspruches und geschuldet an die Klarheit der wesentlichen Aussagen weder eine Sozialgeschichte der letzten 300 Jahre noch eine Geschichte der liberalen Bewegung resp. ihre Gegner bieten. Deshalb bleibt es bei der exemplarischen Gegenüberstellung wichtiger Etappen in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates in Deutschland einerseits und der Auseinandersetzung der liberalen Bewegung mit dieser Entwicklung andererseits. Es wäre allerdings lohnend gewesen, die Darstellung der Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates seit Bismarck zu teilen und dadurch die Fortführung wohlfahrtsstaatlicher Ideen in der Bundesrepublik Deutschland deutlicher werden zu lassen, zumal eine grundsätzliche Neuorientierung nach dem zweiten Weltkrieg theoretisch wenigstens möglich schien und sich dies auch in einem Aufschwung liberalen Gedankenguts äußerte.

Die Anmerkungen enthalten z.T. wichtige und lesenswerte Zusatzinformationen – da sie erst am Ende des Buches aufgeführt werden, besteht jedoch wie immer in solchen Fällen die Gefahr, daß der Leser sich die Mühe des häufigen Umblätterns spart. Die Zitierweise erscheint in bezug auf das Erscheinungsjahr der jeweiligen Quelle z.T. unglücklich: Zum einen wirkt es verwirrend, wenn z.B. hinter Friedrich dem Großen als Jahreszahl in Klammern „1986“ erscheint, zum anderen kann es auch inhaltlich von Interesse sein, wann die betreffende Äußerung tatsächlich getätigt wurde. Insgesamt handelt es sich um eine lesenswerte Publikation, die vor allem auch ökonomischen Laien wichtige Einsichten in den modernen Wohlfahrtsstaat vermittelt.

P. Oberender, Bayreuth/Jena

ZWS 115 (1995) 1

Reuter, Norbert: Der Institutionalismus. Geschichte und Theorie der evolutionären Ökonomie. Metropolis Verlag, Marburg, 1994. 460 S.

Reuter versucht in seiner Aachener Dissertation, „das vorherrschende Erscheinungsbild des Institutionalismus als ... Oberbegriff für eine äußerst heterogene Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern vergangener Zeiten, die nur die Ablehnung der neoklassischen Ökonomie einte“ (S. 22) zu korrigieren und zu zeigen, daß der amerikanische Institutionalismus (Inst.) „im Gegenteil eine lebendige, sogar kontinuierlich an Bedeutung zunehmende spezifische Wirtschaftswissenschaft“ (S. 33) sei, die als eigenständiges Paradigma der formal-mathematischen Eleganz der Neoklassik ein reformerisch-partizipatorisches Programm entgegenseetze. Drei Phasen der Theoriebildung werden unterschieden: die der Gründer Veblen, Commons und Mitchell seit der Jahrhundertwende, die durch Ayres geprägte der 50er und 60er Jahre und die mit dem Namen Foster, Tool und Dugger verbundene der Gegenwart.

Kapitel 1 grenzt den Inst. vom Neoinst. der Neuen Institutionenökonomie (NIÖ) ab, deren fundamentale Unterschiede hervorgehoben werden (These des neoklassischen Imperialismus); Kapitel 2 und 3 geben einen Überblick der über 100jährigen Geschichte und des geistesgeschichtlichen Hintergrundes des Inst. (Historische Schule, Pragmatismus und Darwin-/Evolutionismus), mit den Höhepunkten der 1965 erfolgten Gründung der *Association for Evolutionary Economics* und des *Journal of Economic Issues* 1967.

Kapitel 4 beschreibt die Methodik (holistisch, genetisch, evolutionär), Kapitel 5 die Kritik an der Neoklassik (rationales Menschenbild, Ausklammerung institutionell-kultureller Faktoren, Gleichgewichtsorientierung) und Kapitel 6 die institut. Kapitalismuskritik (nach Veblen: Eigentum als historisches Ergebnis prestigeorientierten Raubs in der Frühzeit, das Überwiegen des unproduktiven *business* über *industry*, Monopolisierungsprozesse usw.). Das längste Kapitel enthält die positive Wirtschaftslehre, Kapitel 8 untersucht die Querverbindungen zum Keynesianismus.

Das Buch bietet einen gediegenen, gut verständlichen Überblick und verrät ein intensives Literaturstudium; das Literaturverzeichnis ist eine Fundgrube, v. a. Veblens und Commons Ansätze werden einsichtig vorgestellt.

Die Kritikpunkte erfolgen in konstruktiver Absicht:

1. Die NIÖ entwickelte sich tatsächlich aus der Neoklassik und geht prinzipiell von der Annahme der Markteffizienz aus. Reuters überpointierte Behauptung, sie stehe z.B. der Demokratisierung der Wirtschaft grundsätzlich feindlich gegenüber, stimmt für die neueren Beiträge z.B. Furubotns aber nicht. Der Rezensent glaubt vielmehr, daß eher von einer Komplementarität beider Ansätze auszugehen ist und gegenseitige Abschottungen eher kontraproduktiv sind.

2. Generell liegt der Arbeit die Behauptung zugrunde, der Institutionalismus sei politisch progressiv und realitätsorientiert und für die Neoklassik gelte das Gegenteil. Für beide Ansätze läßt sich diese (wirtschafts)politische Eindeutigkeit nicht behaupten: Commons glaubte an einen vernünftigen Kapitalismus, Veblen vertrat einen extremen Technokratismus, mit den Mitteln der Neoklassik lassen sich auch laboristische Gleichgewichte ableiten, und die Kluft zwischen Theorieabstraktion und Wirtschaftsrealität wurde sowohl in den USA und im Preußen Schmollers durch alles andere als wertneutrale Vorschläge der damaligen Libera-

len begleitet. Die Behauptung zunehmenden „ruinösen Wettbewerbs“ in beiden Ländern ist eine Phrase.

Durch die Annahme einer Trennlinie steht der Verfasser zu sehr im Bann der Kritik der Neoklassik, wodurch der Raum zur Entfaltung des positiven Kerns des Inst. eingeschränkt wird und öfters zu kurz gerät; so erfährt der Leser z.B. kaum Genaueres über die Eigenheiten eines genetisch-evolutionären Ansatzes, auch Commons beeindruckende methodische Begründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Handlungswissenschaft im Unterschied zur *engineering*-Richtung im ersten Teil seiner *Institutional Economics* wird leider ausgespart, Mitchells naive Methodologie aus Gefolgschaftstreue verteidigt.

3. Die Behauptung, der Institutionalismus sei ein eigenständiges wirtschaftswissenschaftliches Paradigma, wird nicht gestärkt durch die These, die Historische Schule (z.B. Schmollers Ansatz) und den genuin amerikanischen Inst. trenne ein Graben. Nach Meinung des Rezensenten teilen Commons und Schmoller eine erstaunlich einheitliche sozialrechtliche Ausrichtung; die Behauptung, Schmoller vertrete einen idealistisch-metaphysischen Gerechtigkeitsbegriff gegenüber Veblens und Commons Zweckmäßigkeitkonzept, ist sehr fraglich, da auch Schmoller für ein evolutiv-relativistisches Konzept einstand (und hierfür fast gleichlautende Kritiken erhielt).

4. Prinzipiell läßt sich fragen, ob es *den* amerikanischen Inst. überhaupt gibt: Veblens Instinkttheorie und Commons sozialisatorisches Menschenbild trennen Welten, Ayres These statisch-„reaktionärer“ Institutionen steht im Gegensatz zu Commons Vorstellung der zukunftsorientierten institutionellen Kompromißlösungen; die Quintessenz des Inst. in demokratischer Wirtschaftsplanung (die vom Doktorvater K. G. Zinn mit der ebenfalls behaupteten Keynesianischen Konnotation vertreten wird) zu sehen, trifft nur auf Dugger, nicht aber auf Veblen und Commons zu, die in dieser Hinsicht zumindest ein sehr skeptisches Menschenbild einte.

Die Grundthese, der Institutionalismus stelle eine abgegrenzte wirtschaftswissenschaftliche Theorie vor, ist daher fraglich, unzweifelhaft aber die Bedeutung der allgemeinen Grundimpulse des (nicht nur amerikanischen) „Alt“Institutionalismus, in Stichworten: „(1) Process; (2) Socialisation and Irrationality; (3) Power and Status; (4) Equality; (5) Values and Philosophy; (6) Democracy; and (7) Radical versus Incremental“ (Dugger).

Das Abschlußkapitel über den Inst. im ausgehenden 20. Jahrhundert wiederholt leider in erster Linie die bereits zuvor bezogenen Positionen. Eine gegenwartsbezogene evolutionäre Institutionenökonomie hätte sich im Geiste ihrer Gründungsväter zu fragen, wie die zuvor genannten Topoi im Angesicht der ökologischen Begrenzungskrise institutionell anzugehen wären. Reuter hat sich und dem Leser den Weg zu einer institutionellen Sichtweise geöffnet – trotz aller hier vorgetragenen Kritik läßt sich sein Beitrag empfehlen und hoffen, daß er zu einer gegenwartsbezogenen evolutorischen Ökonomie ohne dogmatische Schulabgrenzungen beiträgt.

H. Peukert, Frankfurt

Wieners, J.: Privatisierung und Unternehmenskontrolle beim Übergang zur Marktwirtschaft. Ein Beitrag zur Debatte über die Systemtransformation in Osteuropa, Köln (Institut für Wirtschaftspolitik) 1994, IV + 251. S.

Die Privatisierung gilt neben Stabilisierung, Liberalisierung und dem Institutionenwandel als einer der vier Eckpfeiler der Transformationspolitik, die aus leistungsschwachen Planwirtschaften blühende Marktwirtschaften machen soll. Dabei wird davon ausgegangen, daß private Eigentumsrechte eine notwendige Voraussetzung für effizientes Wirtschaften sind. Diese Erwartung wird zumeist mit der Theorie der Verfügungsrechte (*property rights*) begründet. So auch in der vorliegenden Kölner Dissertation. Die Theorie verlangt erst einmal nur, daß die Verfügungsrechte vollständig spezifiziert, nicht aber, daß sie in (möglichst) einer privaten Hand konzentriert sind. Der Autor definiert jedoch vollständige Spezifizierung als Konzentration in einer Hand und sieht darin „das Referenzsystem, welches bei der Privatisierung in den osteuropäischen Ländern anzustreben wäre“ (S. 20). Im Rahmen der *property rights* Theorie macht das wenig Sinn, da nach ihr nicht materielle Güter, sondern grundsätzlich beliebig aufspaltbare Rechte gehandelt werden.

Nun hatte man im System der sozialistischen Planwirtschaften die Verfügungsrechte unvollständig spezifiziert und sehr stark fragmentiert. Das führte einerseits zu alokativer Ineffizienz: eine knappe Ressource fand eher zufällig den Weg zu ihrer optimalen Verwendung. Andererseits waren die Planungs- und Koordinierungskosten unverhältnismäßig hoch. Damit läßt sich noch nicht belegen, daß die Transaktionskosten in einer durch Privateigentum gekennzeichneten Wirtschaftsordnung generell niedriger sind (S. 21). Aber Privatisierung dürfte sicher Produktivitätsreserven mobilisieren.

Eine alternative – oder zusätzliche und hier leider sehr vernachlässigte – Erklärung der Effizienz von Marktwirtschaften ist der Wettbewerb. Wir erinnern uns der Argumentation von Mises: fungible Verfügungsrechte sind eine notwendige Voraussetzung für Wettbewerb, private Verfügungsrechte motivieren zur Ausnutzung aller gebotenen Wettbewerbsvorteile. Mises war kein *property rights* Theoretiker. Für ihn wurden materielle Ressourcen gehandelt, an denen der Eigentümer möglichst vollständiges juristisches Eigentum haben sollte. Praktisch läuft das auf ein ähnliches Referenzsystem der Privatisierung wie von Wieners postuliert hinaus. Effizienz ist unter diesen Umständen aber nur bei vollständigem Wettbewerb und vollständiger Information zu erwarten. Sobald unvollständiger Wettbewerb und/oder unvollständige Information vorliegen, muß der omnipotente Privateigentümer keineswegs die bestmögliche Leistung hervorbringen. Spezialisierung und Arbeitsteilung können Vorteile bringen, und deshalb ist in der Theorie der Verfügungsrechte ein Fortschritt zu sehen, der allerdings die Diskussion der Privatisierung nicht erleichtert.

Eine weitere Überlegung im Zusammenhang mit dem Privateigentum geht von der Theorie der Unternehmung aus. Die hierarchisch strukturierte Arbeitsteilung innerhalb der Unternehmung hat offensichtlich Produktivitätsvorteile, sie produziert aber *principal-agent* Probleme und damit die Notwendigkeit einer Kontrolle. Entgegen der Annahme des Autors ist dieses Kontrollproblem grundsätzlich unabhängig von der Trennung von Eigentum und Management. Nur wird es natürlich besonders akut, wenn der Eigentümer (der Bezieher des Residualeinkommens und formell die oberste Entscheidungsinstanz) außerhalb des täglichen Geschäfts steht. Diese Situation ist bei öffentlichem Eigentum immer, bei Privateigentum in vielen Fällen gegeben.

Es herrscht nun die nicht unberechtigte Vermutung, daß ein externer Privateigentümer die Kontrollfunktion effizienter ausübt als die öffentliche Hand. Diese kann zwar einen Beamten als oberste Entscheidungsinstanz anweisen, die das Management heuert und feuert. Doch welche Motivation hätte der, sich optimal zu informieren und zu verhalten, da er doch nichts vom Residualeinkommen erhält? Abweichend von der erwähnten Definition des Privateigentums geht der Autor stillschweigend über zu dieser (auf Alchian und Demsetz zurückzuführende) Begründung und hält nun die möglichst ungeteilte Eigentümerposition für das bei der Privatisierung anzustrebende Ziel.

Damit gerät er natürlich in Konflikt mit der kapitalistischen Wirklichkeit, wo Streubesitz und institutionelle Eigentümer in vielfältigen Variationen bei großen Unternehmungen eher die Regel als die Ausnahme sind. Auf die Verwalter institutionellen Eigentums trifft so ziemlich das gleiche wie auf den gerade erwähnten Beamten zu. Obendrein hat er aus Gründen der Risikostreuung die unterschiedlichsten Aktivitäten in seinem Portefeuille. Der Kleinaktionär genießt zwar das Resteinkommen. Doch sieht er sich der Tatsache gegenüber, daß die Kosten optimaler Information und Verhaltens hoch, sein erwarteter Ertragsanteil jedoch gering sind. Auch er streut lieber sein Risiko, was es ihm vollends unmöglich macht, als Teil einer obersten Entscheidungsinstanz zu fungieren. Es ist wohl so: nicht so sehr das Privateigentum als der Wettbewerb macht den Managern Beine und die Marktwirtschaft effizient.

Auch wenn Wieners in seinen theoretischen Ausgangsüberlegungen nicht immer die wünschenswerte Stringenz zeigt – er hat viel gelesen und teilt uns davon viel mit –, macht er dann doch hinreichend deutlich, daß der Wettbewerb auf dem Markt für Kontrollrechte für die Effizienzhypothese des Privateigentums entscheidend ist. Die Theorie, die er dabei referiert, ist anglo-amerikanisch. Und für diesen Raum ist sie wohl auch einigermaßen relevant. Für den europäischen Kontinent, und vor allem für Deutschland, aber auch für Japan, ist das nicht der Fall. Das Dilemma löst der Autor einfach dadurch, daß er mit seinen theoretischen Grundlagen bei der Anwendung auf die Privatisierung in Osteuropa so gut wie nichts anfängt und in einem späteren Kapitel einige Theorien der Finanzintermediation nachliefert.

Die Überlegungen zur Privatisierung in Osteuropa beginnen mit einem Kapitel zur Diskussion um die Methoden des Verschenkens, die sicher die spektakulärste Form der Privatisierung und historisch einmalig sind. Der Autor hält die Argumente pro und contra gegen das Licht und findet sie eigentlich beide wenig plausibel (das ist eine Folge seines theoretischen Eklektizismus: in der Ökonomie gibt es für jedes Argument ein Gegenargument, zumal wenn man sich nicht innerhalb eines Paradigmas bewegt). Da das Verschenken zu einer niedrigen Eigentumskonzentration führen muß, hat er grundsätzliche Bedenken dagegen.

Das zentrale Kapitel der Arbeit führt nun verschiedene Privatisierungsvorschläge von westlichen und östlichen Ökonomen vor. Sie werden in Modelle mit hoher und Modelle mit niedriger Eigentumskonzentration unterteilt. Die Präferenz des Autors, das sollte inzwischen deutlich sein, geht aus auf den Verkauf an einen einzigen Investor, bzw. die Übernahme des Eigentums durch das Management. Allen anderen Modellen, vor allem den Modellen der sogenannten Voucherprivatisierung oder des Verschenkens, sei es daß sie unmittelbar zum Volkskapitalismus führen, sei es daß sie über Zwischenholdings gelenkt werden, haften nach Wieners Ausführungen schwerwiegende Nachteile im Zusammenhang mit der

Unternehmenskontrolle an. Dies sind aber die Modelle, die in der osteuropäischen Wirklichkeit eine wichtige Rolle spielen, wie wir zum Schluß erfahren.

Deshalb sind Vorschläge zur Verbesserung der Unternehmenskontrolle durchaus angebracht. Der Autor weist dabei den Banken und sogenannten Stimmrechtsagenturen eine zentrale Position an. Das deutsch-japanische Modell der bankzentrierten *insider* Kontrolle ist nun nach der Literatur keineswegs so unbestritten effizient, wie es der Autor scheinen lassen möchte. Aber es ist zweifellos eine sehr ernst zu nehmende Option für Osteuropa. Voraussetzung dafür sind handlungsfähige Banken, und dazu muß erst einmal, wie richtig gezeigt wird, das (interne) Schuldenproblem in den Ländern Osteuropas gelöst werden.

Das Konstrukt einer Stimmrechtsagentur, das Wieners neben dem Management-Buy-Out und dem Einzelinvestor gelten läßt, mutet noch etwas abenteuerlich an. „Das formal-juristische Eigentum und das Stimmrecht werden damit institutionell getrennt“ (S. 180), d.h. das Recht auf das Residualeinkommen und die oberste Entscheidungsinstanz werden aufgespalten. Damit wird die bisher zugrundegelegte Theorie über den Haufen geworfen. Das Problem des infiniten Regresses (wer kontrolliert die Kontrolleure? wohlgemerkt bei noch nicht entwickelten Kapitalmärkten!) ist nicht gelöst. Allerdings könnte man dem Autor konzedieren, daß sowohl die in Deutschland übliche Delegation der Stimmrechtsausübung an die Banken, als auch die in Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei geplanten oder entstandenen Investitionsfonds viele Züge solcher Stimmrechtsagenturen besitzen. Ob das effizient ist, ließe sich im zweiten Fall untersuchen, im ersten muß es sich noch erweisen. Nur nimmt der Autor in seinem knappen empirischen Schlußkapitel diese Parallele von Investitionsfonds und Stimmrechtsagentur nicht auf.

Fassen wir zusammen. Privatisierung und Unternehmenskontrolle sind ein spannendes Kapitel der Transformation. Damit werden sich sowohl die Theorie wie die empirische Wirtschaftsforschung im Hinblick auf den im Westen gewachsenen Kapitalismus noch ausführlich beschäftigen müssen. Eindeutige Empfehlungen für eine zu planende Marktwirtschaftsordnung gibt es wohl nicht. Verdienst der Arbeit von Wieners ist es, aus einem breiten Literaturstrom zahlreiche Probleme, die in diesem Zusammenhang auftauchen können, destilliert zu haben. Seine Abneigungen und Vorlieben, die eher auf sein Vorverständnis als auf empirisch gestützte Theorie gegründet sind, braucht der Leser nicht zu teilen. Er wird die Arbeit trotzdem mit viel Gewinn und einem verstärkten Problembewußtsein gelesen haben. Die zahlreichen Einzeluntersuchungen, die hoffentlich noch zu dieser Thematik angestellt werden, können von hier ihren Ausgang nehmen.

H.-J. Wagener, Frankfurt/Oder

Langholm, Odd: Economics in the Medieval Schools. Wealth, Exchange, Value, Money and Usury according to the Paris Theological Tradition, 1200 - 1350. E. J. Brill, Leiden/New York/Köln 1992. 633 S.

80 Jahre nach dem Erscheinen von Edmund Schreibers Abhandlung über „Die Volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquino“ ist jetzt die erste neue geschlossene Darstellung der scholastischen Ökonomik des 13. und 14. Jahrhunderts erschienen. Odd Langholm von der Norwegian School of Economics hat dieses, so kann man jetzt schon sagen, Standardwerk der mittelalterlichen Wirtschaftsethik verfaßt und damit eine Lücke in der Erforschung der Geschichte des ökonomischen Denkens geschlossen.

Gegenstand dieses voluminösen Bandes sind die Schriften der Theologen, die in dem bereits erwähnten Zeitraum an der Pariser Universität lehrten oder unter deren Einfluß standen. Albert der Große, Thomas von Aquin und Johannes Duns Scotus sind wohl die bekanntesten Namen dieser Schule, aber nicht nur ihre Werke bilden das Forschungsmaterial dieses Buches. Mehr als zweihundert Texte und die Traktate von vierzig Theologen dieser Zeit, vieles und viele davon bisher weder publiziert noch in der einschlägigen ökonomischen Diskussion geläufig, wurden in diesem Forschungsprojekt in einer brillanten Darstellung scholastischen Wirtschaftsdenkens eingearbeitet. Entgegen den Üblichkeiten bildet dabei der Dominikaner Thomas von Aquin keineswegs das alles bestimmende Zentrum der Scholastik. Allein 8 Kapitel sind der Darstellung der franziskanischen Diskussion (u.a. Alexander von Hales, Richard von Mediavilla, Petrus Johannes Olivi) über die Ökonomik, ihre Gesetze und deren ethische Grenzen gewidmet. Neu auch, daß Langholm die ökonomischen Grenzen der Ethik, so wie diese von den scholastischen Autoren in der Praxis des Wirtschaftslebens wahrgenommen und akzeptiert wurden, in die Erörterung einbezieht. Nur so, dies die zentrale These des Buches, konnte sich ein theologischer Diskurs tendenziell in ökonomische Theorie transformieren.

Bei der Entfaltung dieses Gesichtspunktes folgt die Studie zwei verschiedenen Strukturprinzipien. Einerseits bietet sie dem Leser in sich geschlossene Darstellungen der einzelnen Theologen und ihrer wirtschaftsethisch relevanten Werke. Andererseits ist sie innerhalb der Kapitel kategorial organisiert, so daß sie, insbesondere mit Hilfe des zusammenfassenden Schlußkapitels „The Vision of an Christian Economy“, als Entwicklungsgeschichte ökonomischer Denkformen gelesen werden kann.

Das Buch bietet nicht nur wegen der Fülle bisher wenig beachteter Autoren eine ganze Reihe neuer und manchmal auch überraschender Einsichten. Ausgehend vom Grundwiderspruch aller scholastischen Ökonomik, der Akzeptanz der tradierten deontologischen Ausrichtung und der durch die Praxis aufgezungenen Akzeptanz eines christlichen Utilitarismus, zeigt Langholm, ohne dabei zu modernisieren, daß im Denken dieser Schule alle Stimulanzien der späteren „predictive economic theory“ bereits angelegt waren. Was die Ökonomik des 18. und 19. Jahrhunderts dann von der des 13. und 14. Jahrhunderts unterscheidet, ist weniger ein Bruch in den analytischen Einsichten, als vielmehr die Reorganisation derselben unter anderen philosophischen Vorzeichen. Immer wieder diskutiert Langholm in diesem Zusammenhang das, wie er es nennt, scholastische „paradox of liberty“. Die wohlfahrtstheoretisch motivierte Bejahung von Privateigentum und limitierter ökonomischer Handlungsfreiheit bedeutete zugleich, eine unablässig sprudelnde Quelle von Habsucht, einer Todsünde, offen zu halten. Die scholastische Entparadoxierung lief über die Entkopplung von Eigentums- und Verfügungsrechten, womit dann der Moral eine als Caritas oder Nächstenliebe codierte christliche Zugriffsmöglichkeit auf die letzteren eröffnet wurden, ohne die ersten prinzipiell in Frage zu stellen. Allerdings zeigt Langholm sehr deutlich, daß Caritas nicht als allgemeiner Umverteilungsmechanismus zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit gedacht war. Es ging um Hilfe für den bedürftigen Nächsten als Grundanliegen des Christentums und nicht als Vorschrift einer Gerechtigkeits-theorie. Die moderne Ökonomik beginnt dann damit, daß sie diese Entparadoxierungsstrategie ablehnt. Sie entpersonalisiert die Wirtschaft zu einem Systemzusammenhang, dem die Kontrolle von Habgier, bis dato eine personale Tugend, über den Marktmechanismus zugetraut wird. Während Menschen schwach und

fehlerhaft immer wieder moralisch versagen, funktioniert der Markt ohne Rücksicht auf Motive.

Die Mischung aus stupender Gelehrsamkeit und einem Blick für die Evolution ökonomischer Kategoriengebäude machen die Bedeutung dieses Buches aus. Für die wirtschaftsethische Diskussion und die ökonomische Dogmengeschichte ist es ein bedeutender Beitrag.

J. Wieland, Münster

Lüttmann, Ruth, Kontrollwechsel in Kapitalgesellschaften. Eine vergleichende Untersuchung des englischen, US-amerikanischen und deutschen Rechts (Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 121). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1993. 239 S.

Spektakuläre Fälle von Übernahmeschlachten, hauptsächlich in den USA, haben eine weltweite Diskussion über die ökonomische und rechtliche Erfassung des Erwerbs von Unternehmensbeteiligungen in Gang gesetzt. Dabei ist schon die Formulierung der Fragestellungen nicht einfach, da sowohl die tatsächlichen Erscheinungsformen als auch die rechtlichen Rahmenbedingungen extrem vielfältig sind. Unter dem Titel „Kontrollwechsel in Kapitalgesellschaften“ untersucht Lüttmann die Situation von Anteilshabern, die als Minoritäre unter einer neuen Führung in der Gesellschaft verbleiben (S. 23), wozu auch die Entscheidungssituation gehört, ein Übernahmeangebot abzulehnen oder anzunehmen, ggf. zu welchem Zeitpunkt. Übernahmeangebote sind nicht a priori als wünschenswert oder abwehrbedürftig zu kategorisieren. Sie bieten Chancen für Anleger, Preise zu realisieren, die sonst nicht zu erzielen wären, andererseits aber auch Gefahren, darüber hinaus das Risiko, die Chancen nicht optimal nutzen zu können. Ferner kommt Übernahmen eine im einzelnen unterschiedlich gewichtete Rolle als Außenkontrolle für Unternehmensführung zu. Die Verfasserin zeigt das Spektrum, geht dann aber vorwiegend von einer Gefährlichkeitsprämisse aus (S. 27) und begibt sich auf die vergleichende Suche nach „Schutzlücken“ (S. 29). Unter Kontrolle wird die Möglichkeit verstanden, die Unternehmens- und Geschäftspolitik einer Kapitalgesellschaft zu bestimmen (S. 19), womit z.B. auch eine stabile Hauptversammlungsmehrheit erfaßt ist. Die Arbeit beschäftigt sich nicht nur mit dem Wechsel der Inhaberschaft einer solchen dominierenden Aktionärsstellung von einem Aktionär zu einem anderen, sondern auch und sogar vornehmlich mit der Entstehung einer derartigen Position, die sich von der sonst typischen Machtverteilung in Publikumsgesellschaften (Management, Banken) unterscheidet.

In einer Art allgemeinem Teil wird ein Überblick gegeben, der Grundfragen zusammenfaßt. Letztere müssen freilich in den nachfolgenden länderbezogenen Darstellungen wiederum korrigiert bzw. verändert werden, da die rechtliche Ausgangssituation und die tatsächlichen Kapitalmarktverhältnisse doch sehr verschieden sind. Insoweit zeigen sich Grenzen der für sich genommen weiterführenden und moderneren, rechtsvergleichenden Methode, die von Problemlagen ausgeht; es ergibt sich ein Zwang zum Länderbericht herkömmlicher Art, der die Ausgangsfrage wieder relativiert. Das wird illustriert z.B. durch eine in England mögliche weitere Form des Kontrollwechsels (scheme of arrangement, S. 44f.), während im deutschen Recht Übernahmeangebote aus strukturellen Gründen (Aufsichtsratsystem, Kapitalbindungsvorschriften) eine andere Rolle spielen. Notgedrungen wird die verbindende Klammer dadurch geschwächt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Interdependenz von Regulierung des Prozesses des Kontrollerwerbs einerseits und der Regulierung der resultierenden Situation, vulgo Konzernrecht. Deren Einschätzung ist unterschiedlich. Hier wird tendenziell ein Schutz „ex post“ als unzureichend empfunden; der Regulierungsbedarf beim Kontrollerwerb wird nicht nach Struktur und Dichte des nachfolgend zum Zuge kommenden Konzernrechts differenziert. Das entspricht einem verbreiteten Ansatz, ist aber keineswegs unbestritten.

Die eingangs durchaus gesehene Neutralität des Kontrollwechsels tritt im Verlauf der eher schutzorientierten Arbeit zunehmend in den Hintergrund. Der Frage, ob Risiken der Minderheiten, die sich verwirklichen, einen rechtlichen Schutzbedarf zum Ausdruck bringen oder ob die Risikoverteilung aus guten Gründen ihre Richtigkeit hat, ein regulierender Eingriff daher nicht angezeigt ist, wird kein breiterer Raum gewidmet. Eine umfassende Erörterung der Schutzzwecke – Kapitalkostenargument, Fairneßerwägungen, Funktionsschutz von Kapitalmärkten – ist in der vorliegenden Arbeit auch nicht intendiert und hätte das Thema gesprengt. An dem gewählten Ansatz und dem vorgenommenen Rechtsvergleich gemessen, sieht die Verfasserin auch den geänderten Vorschlag einer 13. EG-Richtlinie über Übernahmeangebote als nicht ausreichend an. Sie schlägt daher Ergänzungen vor: Ein Abstimmungsrecht der Aktionäre über einen Kontrollwechsel und ein gerichtliches Kontrollverfahren, den angebotenen Preis betreffend.

Die Diskussion über den Kontrollerwerb von Kapitalgesellschaften ist inzwischen fortgeschritten, um den Entwurf einer 13. Richtlinie ist es stiller geworden. Das Verdienst der vorliegenden Arbeit besteht nicht nur in einem Beitrag zu dieser Auseinandersetzung, sondern vor allem auch in der genauen Gegenüberstellung der untersuchten Rechtsordnungen und dem damit eröffneten Blick auf die Vielfalt der Erscheinungsformen.

Ch. Windbichler, Berlin

Funke, Michael: Tobins Q und die Investitionsentwicklung in den Wirtschaftszweigen des Unternehmenssektors in der Bundesrepublik Deutschland, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 418, Duncker & Humblot, 1992. 193 S.

Die empirisch gehaltvolle Erklärung der Investitionstätigkeit in einer Volkswirtschaft gehört nach wie vor zu den zentralen Aufgaben der Wirtschaftswissenschaften. Und dies um so mehr, wenn der Investitionstätigkeit noch eine besondere Rolle beim Abbau der Arbeitslosigkeit zugesprochen wird. Obwohl große Teile der makroökonomischen Theorie des Investitionsverhaltens schon früh mit einer mikroökonomischen Fundierung vorlagen, wurden in konjunktur- und beschäftigungstheoretischen Untersuchungen die Investitionen als hochaggregierte Größe behandelt. Eine Aufteilung der Investitionstätigkeit nach Industriezweigen hat hingegen den Vorteil, daß sektorspezifische Unterschiede im Investitionsverhalten und Auswirkungen des Strukturwandels auf das makroökonomische Investitionsvolumen erfaßt werden können.

Die Arbeit von Funke thematisiert die beiden klassischen Komplexe der Investitionsforschung: Die theoretische Ableitung der Investitionsfunktion wird durch eine ökonomische Überprüfung bzw. Quantifizierung ergänzt. In diesem Sinne ist die Arbeit von Funke zweigeteilt. Die Kapitel 1 bis 3 sind der Investitionstheorie gewidmet, wobei sich der Verfasser auf die von Tobin entworfene q -Theorie der Investition und deren Weiterentwicklungen beschränkt. Der zweite Teil (die

Kapitel 4 bis 6) umfaßt die ökonometrische Analyse der q-Theorie für Wirtschaftszweige des Unternehmenssektors in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien.

Zu Recht weist Funke darauf hin, daß die zentrale Rolle der Investitionstätigkeit für den Wirtschaftsprozess unvollständig gesehen wird, wenn der Blick nur auf ihren Einkommens- und Kapazitätseffekt gerichtet ist. Neue Kapitalgüter stellen für Anleger eine mögliche Anlageform dar, die mit anderen „Assets“ konkurriert. Im Rahmen eines portfoliotheoretischen Ansatzes sind die Anleger bestrebt, bei gegebenem Ertrag das Risiko des Portfolios zu minimieren bzw. bei gegebenem Risiko den Ertrag des Portfolios zu maximieren. Investitionen besitzen somit einen dritten Effekt, den Portfoliostruktureffekt, der sie für Anleger zu einer monetären Kategorie werden läßt. Dadurch haben Investitionen die „Funktion als Scharnier zwischen den Güter- und Vermögenmärkten einer Volkswirtschaft“ (S. 11).

Der dritte Effekt der Investitionen legt es nahe, eine vermögensmarkttheoretische Investitionsnachfrage zu entwickeln. Hierzu muß untersucht werden, wie sich zinsinduzierte Störungen des Portfoliogleichgewichts auf die reale Investitionsnachfrage auswirken. Tobin (1969) hat gezeigt, daß für diese Transmission das Verhältnis aus der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und dem supply price of capital, in der Literatur als Tobins q bekannt, entscheidend ist. Dieser Quotient bestimmt das Investitionsverhalten: Ist q größer als eins, wird der Kapitalstock ausgedehnt, für q kleiner als eins geht die Investitionstätigkeit zurück.

Obwohl die q-Theorie der Investition ursprünglich als neoklassische Alternative zur neoklassischen Investitionstheorie von Jorgenson (1963) galt, haben verschiedene Autoren, insbesondere Hayashi (1982), ihre Äquivalenz zur neoklassischen Investitionstheorie mit Installationskosten nachgewiesen. Sie ist daher sowohl mit dem neoklassischen als auch neoklassischen Paradigma kompatibel. Funke stellt im ersten Kapitel, wohl durch ihre keynesianischen Wurzeln motiviert, die q-Theorie der Investition im Rahmen eines neoklassischen Makromodells dar. Die vermögensmarkttheoretische Analyse verlangt zunächst eine Aggregation der vielfältigen Anlagemöglichkeiten. Es werden vier makroökonomische Vermögensformen unterschieden: Zentralbankgeld, Bonds, Realkapital und zinsbringende Aktiva des Auslands. Hieran zeigt Funke, wie mit einem makroökonomischen Portfolioansatz in Anlehnung an Tobin (1969, 1982) die Abhängigkeit der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von q hergeleitet werden kann.

Die mikroökonomische Fundierung der q-Theorie nimmt seit Beginn der 80er Jahre in der Literatur einen breiten Raum ein. Die vielfältigen Ansätze hierzu stellt Funke im zweiten Kapitel unter Hervorhebung gemeinsamer Charakteristika kompetent zusammen und macht dadurch deutlich, daß der Forschungsprozeß auf diesem Gebiet zwei größeren Themenbereichen zugeordnet werden kann. Der erste Komplex umfaßt die im Anschluß an die Arbeiten von Abel (1980) und Hayashi (1982) einsetzenden Verallgemeinerungen der vorgelegten mikroökonomischen Fundierung. Während in einfachen mikroökonomischen Partialmodellen die Investitionen noch allein von q abhängen, muß in komplexeren Modellen zwischen marginalem und durchschnittlichem q-Wert unterschieden werden. Die Modellierung der in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Besteuerungspraxis auf Unternehmensebene und persönlicher Ebene mit der von King (1977) eingeführten „tax-discrimination-Variablen“ ermöglicht die Ableitung eines q-Wertes mit und ohne Berücksichtigung persönlicher Dividendenbesteuerung. Der zweite Komplex „läßt sich durch die in den Modellen erfolgte Ausweitung des Objektbereichs cha-

rakterisieren“ (S. 72). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Forschungsrichtung, die eine Integration von Investitions- und Finanzierungstheorie anstrebt.

Für die ökonometrische Überprüfung einer Theorie ist es unerlässlich, daß alle Variablen der aus ihr abzuleitenden Schätzgleichung quantifizierbar sind. Quantifizierbarkeit im statistischen Sinne ist keinesfalls eine triviale Forderung, sondern impliziert eine zufriedenstellende Lösung des Adäquationsproblems, das sich beim Übergang von einem theoretischen Konstrukt zum Meßbegriff der Statistik ergibt. Marginaler und durchschnittlicher q -Wert sind aus statistischer Sicht Beziehungszahlen und deshalb nicht direkt beobachtbar. Die ökonometrische Schätzung der q -Theorie der Investition bedarf daher zunächst einer Quantifizierung dieser Variablen. Funke zieht hierzu Datensätze des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und Indizes der Aktienkurse heran. Die sorgfältige Aufbereitung des Datenmaterials geschieht in einer Weise, die der Bedeutung der Adäquation bei empirischen Arbeiten voll und ganz gerecht wird. Mit den gewonnenen Daten lassen sich auf einer ersten, deskriptiven Stufe langfristige Entwicklungen der q -Werte in verschiedenen Industriezweigen aufzeigen: Trotz ausgeprägter, langanhaltender Unterschiede in der Höhe weisen nahezu alle sektoralen Zeitreihen eine tendenzielle Abnahme der q -Werte auf. Nach dem neokeynesianischen Portfolioansatz müßten sich die sektoralen q -Werte jedoch angleichen. Mit der OLS-Schätzung eines geeignet spezifizierten Fehlerkorrektur-Modells läßt sich diese Modellimplikation bei 16 Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes „für den vorliegenden Datensatz aus der Aktienbilanzstatistik nachweisen“ (S. 97).

Diese ermutigenden Ergebnisse bedeuten jedoch noch keine Bestätigung des empirischen Gehalts der q -Theorie der Investition. Hierzu muß eine auf den theoretischen Zusammenhängen des ersten Teils der Arbeit basierende Schätzgleichung quantifiziert und geeigneten Tests unterzogen werden. Die für alle Sektoren selbe Regressionspezifikation setzt die Bruttoinvestitionsrate, für Anlage- und Ausrüstungsinvestition getrennt berechnet, in Bezug zu dem marginalen, steuerbereinigten q -Wert und dem Reallohnsatz, für die bestimmte Lagstrukturen unterstellt werden, sowie zu der Wachstumsrate des Indexes der Nettoproduktion. Die Signifikanz bzw. Nichtsignifikanz der Reallohnregressoren gibt Hinweis auf die produktionstheoretischen Bedingungen, während mit der Wachstumsrate des Nettoproduktionsindex Akzeleratoreinflüsse auf die Investitionstätigkeit erfaßt werden können. Für Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen als endogene Variablen und für jeden Industriezweig werden jeweils drei Regressionsgleichungen geschätzt, wobei bei der ersten Schätzung nur q -Regressoren, bei der zweiten Schätzung q - und Reallohnsatzregressoren und bei der dritten Schätzung alle drei Variablenarten als Regressoren vorkommen. Als wichtigstes Resultat darf gelten, daß die q -Regressoren „in der Regel einen signifikanten, positiven Einfluß auf die Investitionsentwicklung“ (S. 104) ausüben. Die Koeffizientenschätzungen der Reallohnsatzvariablen sind in den meisten Fällen, die der Akzeleratorvariablen ungefähr bei der Hälfte der Sektoren nicht signifikant.

Dieser empirische Befund kann aber nicht so interpretiert werden, daß die q -Theorie der Investition damit auch konkurrierenden Theorien überlegen ist. Um einen höheren empirischen Gehalt einer Theorie ökonometrisch zu belegen, sind Tests für „nonnested“ Hypothesen durchzuführen. Solche Tests setzen eine alternative Theorie für dieselbe endogene Variable voraus, wobei die Schnittmenge der Determinanten beider Theorien leer (nonnested) sein muß. Funke konfrontiert die Spezifikation der q -Theorie ohne Wachstumsrate des Nettoproduktionsindex mit der hierzu kompatibel formulierten Akzeleratortheorie der Investition. Mit dem von

Davidson/MacKinnon entwickelten J-Test ergibt sich, „daß keine der beiden Investitionshypothesen der jeweils anderen eindeutig überlegen ist“ (S. 118).

Dem im sechsten Kapitel durchgeführten Vergleich liegen ökonometrische Schätzungen der q-Theorie für Großbritannien und für die Bundesrepublik Deutschland auf der Basis von Paneldaten zugrunde. Die für beide Volkswirtschaften gültige Schätzgleichung enthält neben der Konstanten den um eine Periode verzögerten q-Wert und die Akzeleratorvariable als Regressoren. Auch hier bestätigen die Schätzungen den signifikanten, positiven Einfluß von Tobins q; die Akzeleratorvariable ist für Großbritannien im Gegensatz zum Befund für Deutschland jedoch nicht signifikant.

Die Arbeit schließt mit der Berechnung historischer q-Werte, beginnend mit dem Jahr 1856. Diese Daten werden sich sicherlich noch für die empirische Konjunkturforschung als nützlich erweisen.

Die Arbeit von Funke ist eine gelungene Dokumentation dafür, wie zeitgemäßes empirisches Arbeiten gestaltet sein sollte. In umfassender und gut nachvollziehbarer Weise werden die relevanten Entwicklungslinien eines wichtigen Teils der Investitionstheorie nachgezeichnet und die theoretischen Grundlagen für die intendierte Schätzgleichung bereitgestellt. Bei der heute zur Verfügung stehenden und leicht zugänglichen Fülle statistischer Schätz- und Testverfahren zeigt sich Kompetenz nicht in der Anzahl, sondern in der Auswahl der angewandten Verfahren. Funke verfällt nicht dem unreflektierten Reiz der Menge, sondern beschränkt sich gut begründet auf Verfahren, die seiner Zielsetzung stets angemessen sind. Insgesamt erfüllt die Monographie die Erfordernisse empirischer Wissenschaft in idealer Weise und sollte schon deswegen einen großen Leserkreis finden.

Literatur

- Abel, A. B.* (1980), Empirical Investment Equations. An Integrative Framework; in: Brunner, K. und Metzler, A. H. (eds.), „On the Current State of Macroeconomics; Carnegie-Rochester Conferences Series on Public Policy, Vol. 12, 39 - 91.
- Hayashi, F.* (1982), Tobin's Marginal q and Average q: A Neoclassical Interpretation; *Econometrica*, Vol. 50, 213 - 224.
- Jorgenson, D. W.* (1963), „Capital Theory and Investment Behavior; *American Economic Review* (Papers and Proceedings), Vol. 53, 247 - 259.
- King, M. A.* (1977), *Public Policy and the Corporation*; London.
- Tobin, J.* (1969), The Equilibrium Approach to Monetary Theory; *Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 1, 15 - 29.
- (1982), Money and Finance in the Macroeconomic Process; *Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 14, 171 - 204.

W. Assenmacher, Essen